

ÖSTERREICH 1918plus

DIE 8er-JAHRE UND DIE POLITISCHE BILDUNG

||| 1918 | 1928 | 1938 | 1948 | 1958 | 1968 | 1978 | 1988 | 1998 | 2008 | 2018

2008 BIS 2018

THEMENSCHWERPUNKT FLUCHT UND ASYL

Die Jahre zwischen 2008 und 2018 setzten zum Teil Entwicklungen fort, die schon früher zu beobachten waren (siehe u.a. Themenschwerpunkt „Wahlen“, 1998 bis 2008). Zudem sind aber auch einschneidende wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandlungsprozesse festzustellen, die unter anderem für das demokratische System von Bedeutung sind.

Politisch setzte sich ein Trend fort, der seit Mitte der 1980er-Jahre feststellbar ist: Die früheren Großparteien ÖVP und SPÖ verloren Stimmen, die FPÖ, die 1949 als Kleinpartei VdU und als politische Heimat ehemaliger Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen gegründet worden war, erlebte einen Aufschwung. Zudem wurden mehrere neue Parteien – unter anderem NEOS, das BZÖ, die Liste Stronach und die Liste Pilz – in den Nationalrat gewählt. Das ehemalige „Zweieinhalbparteiensystem“ ist einem „Mehrparteiensystem“ gewichen.

Ferner prägt der Populismus zunehmend die Politik, wie etwa bei den Themen Flucht und Asyl sowie Migration und Integration deutlich geworden ist. Alle anderen gesellschaftlichen „Baustellen“ scheinen seither von diesen Themen überschattet zu sein. Versuche nationaler Abschottung sind europaweit festzustellen. Gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen herrschen nicht nur in Österreich – immer wieder auch von der Politik geschürte – Ressentiments. Die Ausgabe *polis* aktuell 5/2015 hat „Flucht und Asyl“ zum Thema.

Ab 2007 wirkte sich jedoch auch die globale Finanzkrise auf Österreich aus. Um den Zusammenbruch von Banken zu vermeiden („too big to fail“), erhielten diese staatliche Zuschüsse. Vor allem erschütterte aber ein Bankenskandal die Republik: Die Kärntner Hypo Alpe Adria, die – ohne ausreichende Deckung durch Eigenkapital – stark expandiert hatte, geriet durch die Krise in Insolvenzgefahr. Dabei war auch das Land Kärnten, das milliardenschwere Haftungsgarantien übernommen hatte, von finanziellen Schwierigkeiten betroffen. Die von der Regierung als „alternativlos“ bezeichnete Verstaatlichung wurde wegen der Verwendung von Steuergeldern vielfach kritisiert.



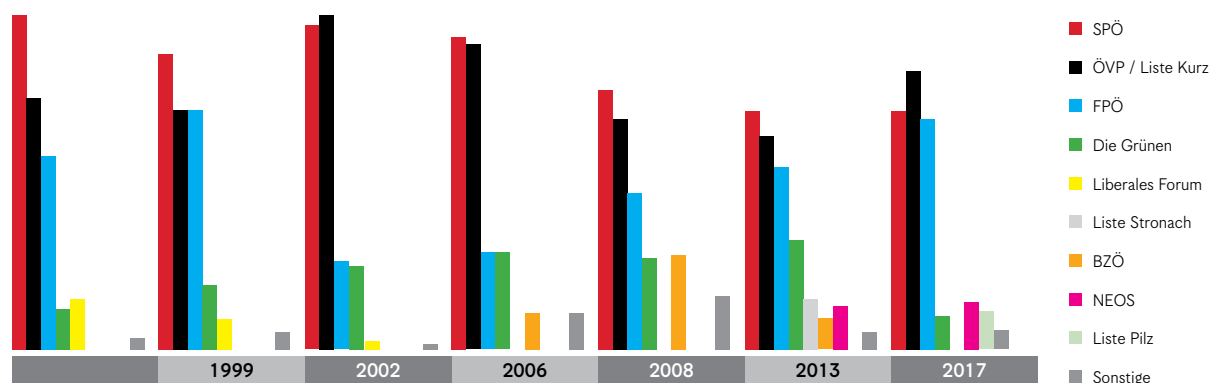
① DIE POLITISCHE TRANSFORMATION DER ZWEITEN REPUBLIK

WANDEL DER PARTEIENLANDSCHAFT

Drei relativ gleichgroße Parteien – ÖVP, SPÖ und FPÖ – teilen sich mittlerweile den Großteil der Stimmen. 2005 hatte sich das BZÖ („Bündnis Zukunft Österreich“) von der FPÖ abgespalten, verlor aber nach 2008 wieder an Bedeutung. Dagegen verzeichneten die NEOS („Das Neue Österreich und Liberales Forum“) respektable Wahlergebnisse. „Die Grünen“, die zwar in Wahlumfragen auf Bundesebene ständig an Stimmen zulegten, stagnierten dagegen und sind seit 2017 nicht mehr im Nationalrat vertreten. Die neue Parteienlandschaft ließ neue Regierungskoalitionen zu, zum Beispiel nach der Nationalratswahl 2017, nachdem die ÖVP als „Liste Sebastian Kurz“ zur stimmenstärksten Partei aufrückte und eine Koalition mit der FPÖ einging.

Die Neustrukturierung der Parteienlandschaft spiegelte sich auch in der turbulenten Bundespräsidentenwahl von 2016: Nicht die Kandidaten von SPÖ und ÖVP, sondern der ehemalige Vorsitzende der Grünen, Alexander van der Bellen, und Norbert Hofer von der FPÖ kamen in eine Stichwahl. Van der Bellen ging als Sieger hervor, nachdem die erste Stichwahl von der FPÖ wegen Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der WählerInnenstimmen erfolgreich angefochten und wiederholt worden war.

NATIONALRATSWAHLEN 1995 BIS 2017



POLITIKSTIL UND POLITIKINHALTE

In den letzten Jahren hat sich der Politikstil maßgeblich verändert. So hat man sich etwa an den Populismus gewöhnt, der komplexe Sachverhalte vereinfacht, ein künstliches „wir“ konstruiert und den „anderen“ gegenüberstellt, woraus wiederum Bedrohungsszenarien resultieren. Fake News und „alternative Fakten“ sind häufig Teil politischer Strategien. Zudem spielt „message control“ zunehmend eine Rolle: Bestimmte Inhalte werden eine Zeitlang lanciert, nicht zuletzt um von unangenehmen Themen abzulenken. Und auch der politische Konflikt, der als Grundlage der Demokratie gilt, wird vermieden. Trotz Differenzen versucht etwa die seit 2017 regierende ÖVP-FPÖ-Koalition, Meinungsverschiedenheiten nicht nach außen zu tragen.

Ob der veränderte Politikstil die Demokratie belebt, bleibt offen. Der Wandel der Parteienlandschaft wird aber oftmals als Belebung der Demokratie gewertet. Dazu kommt eine auffällige Aufwertung der direkten Demokratie, unter anderem mit der Volksbefragung zur Wehrpflicht (2013) sowie dem Frauen- und dem Anti-Raucher-Volksbegehren (2018). Erwähnenswert ist auch die Einführung von „Wählen mit 16“ auf Bundesebene (2007), was die Politische Bildung in Österreich aufgewertet hat. Im November 2018 öffnete ferner das „Haus der Geschichte Österreich“ (hdgö), ein Zeitgeschichtemuseum zur Geschichte der Republik seit 1918.

RESTRIKTIVE ASYL-, MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

Österreich war 2015 Durchreise- und Zielland für viele Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern, insbesondere aus Syrien. Bis heute sind viele BürgerInnen in deren Betreuung engagiert. Die Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik hingegen wurde immer restriktiver. Versuche in der EU, eine gemeinsame Asylpolitik zu finden, scheitern an den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer. In diesem Zusammenhang werden Begriffe, die mit Flucht und Migration in Verbindung stehen, in neue bzw. negative Deutungsrahmen gerückt („Framing“): Die „Flucht“ transformiert sich etwa zu einer „Fluchtwelle“, „Flüchtlinge“ werden mit „illegalen MigrantInnen“ gleichgesetzt, der „Schutz der Bevölkerung“ weicht der „Sicherheit der eigenen Bevölkerung“.

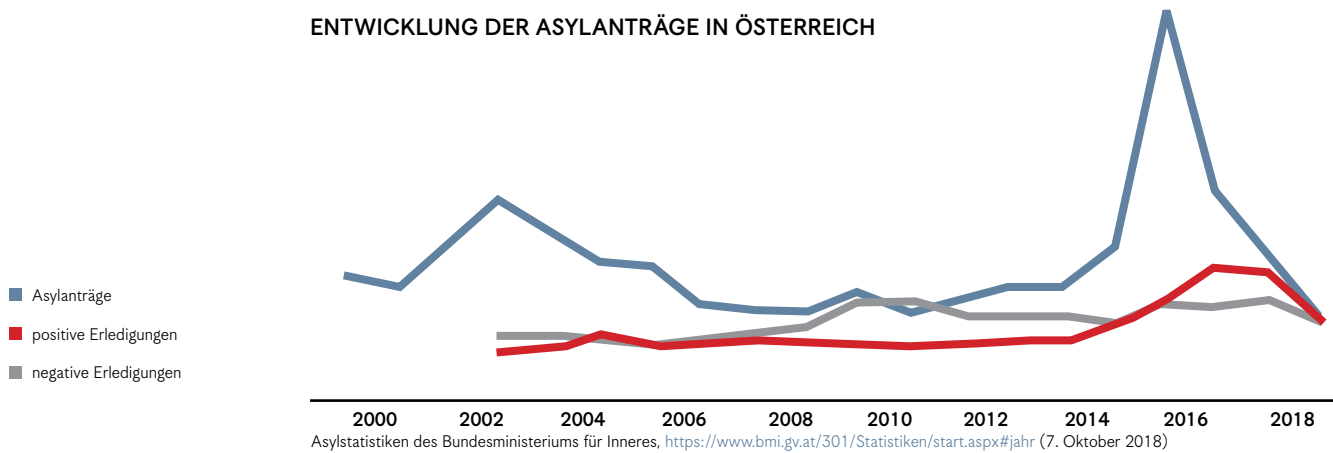
Auch die Regierungspolitik vollzieht diese Trendwende: 2016 war etwa an der Grenze zu Slowenien ein Zaun errichtet worden, der verharmlosend als „besondere bauliche Maßnahme“ (Innenministerin Johanna Mikl-Leitner) und „Türl mit Seitenteilen“ (Bundeskanzler Werner Faymann) bezeichnet wurde. Konsequenterweise wurde in Folge die Wahl zum Nationalrat durch das Asyl- und Migrationsthema dominiert. Die neue Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ fährt nun einen noch strikteren Kurs und hat sich etwa entschlossen, den Migrationspakt der Vereinten Nationen (UNO) nicht zu unterzeichnen. Kritiker und Kritikerinnen fürchten, dass durch die rigiden politischen Maßnahmen die Menschenrechte und die Kinderrechte, die 2011 in der Verfassung verankert wurden, gebeugt werden könnten.

ARBEITSAUFGABEN: WAHLBETEILIGUNG IN ÖSTERREICH

Fassen Sie die Statistik mit eigenen Worten **zusammen**. Arbeiten Sie dabei Trends heraus.

Analysieren Sie die Statistik im Zusammenhang mit den Materialien und mit Hilfe einer Internetrecherche (z.B. zu Afghanistan: <https://www.bpb.de/politik/hintergrundaktuell/235010/2001-afghanistan-krieg>) und **begründen Sie** die Entwicklung der Asylanträge.

ENTWICKLUNG DER ASYLANTRÄGE IN ÖSTERREICH



Bürgerkrieg in Syrien (seit 2014)

„Zu Beginn des Krieges flohen die Syrer noch primär innerhalb des eigenen Landes. [...] Wegen der Ausweitung der Kampfhandlungen auf fast das gesamte Land und der verbrecherischen Kriegsführung stieg die Zahl der Menschen, die ins Ausland flohen, immer weiter an; sie [...] überstieg Ende 2014 die Marke von drei Millionen. [...] Mehr als die Hälfte der Syrerinnen und Syrer befinden sich aktuell [Frühjahr 2017] auf der Flucht. Mehr als fünf Millionen haben sich ins Ausland gerettet, weitere 6,5 Millionen in andere Regionen innerhalb des Landes. [...] Gemeinhin dient die Flucht dazu, einer unmittelbar bevorstehenden oder bereits erfahrenen Gefahr für Leib und Leben zu entinnen.“

Das gelang den Syrern, die es im Lauf der ersten drei Kriegsjahre in den Libanon, nach Jordanien und in die Türkei schafften. Doch die Flucht befreite sie nicht aus ihrer generellen Notlage. Im Dezember 2014 musste das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen aus Geldmangel die Hungerhilfe für 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge einstellen. [...] Vor diesem Hintergrund war der große Exodus nach Europa im Herbst 2015 eine vorhersehbare, aus purer Not geborene Flüchtlingskrise.“

Ther, Philipp: Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa. Berlin: Suhrkamp, 2017. S. 294-296.

Das Türkei-Abkommen (2016)

„Die Türkei verhindert, dass Flüchtlinge mithilfe von Schleppern auf die griechischen Inseln fahren können, verstärkt also ihren Grenzschutz. Dafür stellt die EU bis 2018 sechs Milliarden Euro zur Verbesserung der Lebensumstände der Flüchtlinge in der Türkei bereit. Außerdem sollen Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf Asyl haben, von den griechischen Inseln zurück in die Türkei gebracht werden: Für jeden dieser in die Türkei abgeschobenen Flüchtlinge verpflichten sich die EU-Länder, im Gegenzug einen syrischen

Flüchtling aus der Türkei direkt aufzunehmen. [...] Seit Abschluss des Deals kommen deutlich weniger Flüchtlinge in Griechenland an. Während im Januar 2016 laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR noch 67.000 Flüchtlinge nach Griechenland gelangten, sind es seit Anfang dieses Jahres nur noch 1.200. [...] Von Griechenland in die Türkei wurden bis Januar [2017] 865 Flüchtlinge zurückgebracht, im Gegenzug haben EU-Staaten insgesamt 2.957 Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen.“

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/fluechtlingsabkommen-tuerkei-eu-inhalt> (26. November 2018)

Ordnen Sie die syrischen Flüchtlinge, die 2015 in großer Anzahl nach Österreich kamen und um Asyl ansuchten oder weiterreisten, einem Fluchttypus zu. **Begründen Sie** Ihre Entscheidung.

Vier Fluchttypen (nach Philipp Ther)

- ◉ **Existenzielle Flucht:** Dabei handelt es sich um die einzige Chance, sich vor schweren Misshandlungen und dem Tod zu retten.
- ◉ **Proaktive Flucht:** Menschen versuchen, sich selbst bereits vor unmittelbar nahenden Gefahren zu retten. Diese Fluchtform beruht auf mehr Eigeninitiative, die auch die Rettung von mehreren Habseligkeiten ermöglicht.
- ◉ **Prädeterminierte Flucht:** Nicht die massenhafte Tötung ist das Ziel, sondern zumeist die vollständige Entfernung von Menschen aus einem bestimmten Gebiet, etwa durch Vertreibung oder Umsiedlung. Der Begriff „prädeterminiert“ meint, dass kaum Alternativen für die Flüchtlinge existieren.
- ◉ **Optionale Flucht:** Das Verlassen der Heimat ist nur eine von verschiedenen Handlungsmöglichkeiten. Als Alternative können etwa das Bekenntnis zu einer anderen Religion oder Nation als Beispiel genannt werden.

Ther, Philipp: Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa. Berlin: Suhrkamp, 2017. S. 289f.

ÖSTERREICH 1918plus

LITERATURTIPPS

- Fassmann, Heinz/Dahlvik, Julia (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader. 2. erw. u. überarb. Auflage, Göttingen: V&R, 2012.
- Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Oltmer, Jochen: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck, 2017.
- Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Wien: Zsolnay, 2015.
- Statistiken zum Asylwesen des Bundesministeriums für Inneres: <https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken> (19.11.2018)
- Ther, Philipp: Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa. Berlin: Suhrkamp, 2017.

LEHRPLANBEZUG (POLITISCHE BILDUNG)

6. Schulstufe:

Modul 9 (Politische Bildung): Gesetze, Regeln und Werte

7. Schulstufe:

Modul 5 (Historische Bildung): Migration vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

8. Schulstufe:

Modul 7 (Historisch-politische Bildung): Gesellschaftlicher Wandel im 20. und 21. Jahrhundert

Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung

11. Schulstufe:

Kompetenzmodul 6: Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart

12. Schulstufe:

Kompetenzmodul 7: Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische

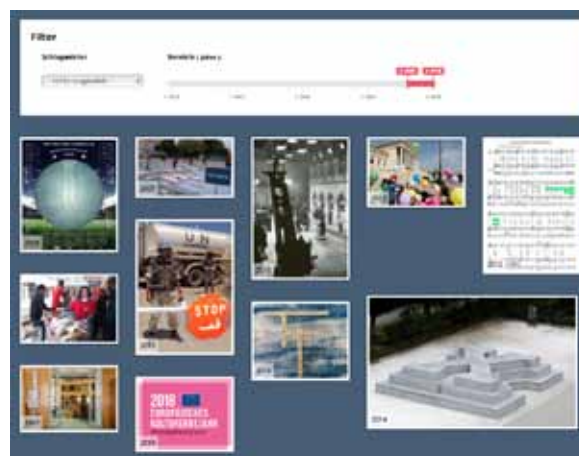
ÖSTERREICH1918plus

Weiteres Arbeitsmaterial findet sich auf der Seite www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus, etwa unter den Schlagwörtern „Bundespräsident“, „Demokratie“, „Flucht“, „Krieg“, „Parlament“, „Vereinte Nationen/UNO“, „Vergangenheitsbewältigung“ und „Wahl“ (Funktion „Filter“).

oesterreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Die Jahreseinträge erinnern an häufig Erzähltes, sprechen aber auch Themen an, die weniger präsent oder erforscht sind. Neben zentralen politischen Entwicklungen werden alltagsgeschichtliche Blitzlichter, Minderheitenmeinungen etc. in den Blick genommen.

2008 bis 2018 auf oesterreich1918plus

- 2008** Sportliche Großveranstaltungen: Wer gewinnt außer Sportlerinnen und Sportlern noch?
- 2009** Finanzkrise, Hypo-Skandal und Hypotopia
- 2010** Filmland Österreich
- 2011** Kinderrechte und Volkszählung
- 2012** Staatssymbole: eine Hymne für Österreicher UND Österreicherinnen
- 2013** Auslandseinsätze und Wehrpflicht
- 2014** Verfolgte der NS-Militärjustiz
- 2015** Flucht kann viele Gründe haben
- 2016** Österreichisches Wort des Jahres 2016
- 2017** Das Parlament zieht ins DemokratieQuartier
- 2018** Der Politikkalender im Erinnerungsjahr



Impressum

Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/42 77-274 44 | F 01/42 77-274 30
service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at

Wien, Dezember 2018

Autor: Thomas Hellmuth

Thomas Hellmuth ist Professor für Didaktik der Geschichte an der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät und am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Wien.